

# Kein Programm links von der Mitte

## Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Frankreich

Sébastien Poulain



### AUF EINEN BLICK

**Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich unterliegt in hohem Maße der Einflussnahme durch Politik und Behörden. Dabei ist er zur demokratischen Grundversorgung der Bürger\_innen geschaffen und unabdingbar. Er befördert eine kulturelle Debatte, die sich um Inklusion, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt bemüht – trotz äußerer Angriffe, Sparmaßnahmen und der bevorstehenden Wahlen.**

Während der französische Staat bei den Printmedien zurückhaltend agiert, kommt ihm im Bereich des Rundfunks historisch eine bedeutende Rolle zu. Denn die Rundfunk- und Fernsehtechnologie wurde – aus Sorge vor einer Einflussnahme durch ausländische Medien – von Beginn an als Gefahr für die französische Souveränität und die Hoheit über die Frequenzen – aus Sorge vor einer Bedrohung durch anarchistische Kräfte im eigenen Land – als zentral angesehen. Nach der militärischen und zivilen Erprobung von Radio und Fernsehen wurden im Jahr 1941 Rundfunksender und ein öffentlich-rechtlicher Informationsdienst eingerichtet sowie 1941 das staatliche Rundfunkmonopol geschaffen. Der Einfluss des französischen Staates blieb auch nach der Gründung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt (*Office de radiodiffusion-télévision française*, ORTF) im Jahr 1964 durch General Charles de Gaulle noch lange unverkennbar.

Seit 1953 propagiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich den Dreiklang aus Information, Kultur und Unterhaltung (*informer, cultiver, distraire*). Damit verbunden sind auch der demokratische Austausch, kulturelle Vielfalt mit den wichtigen Aspekten der Staatsbürgerschaft, Integration und Inklusion sowie letztlich der gesellschaftliche Zusammenhalt. Mit der Liberalisierung der Medienbranche nimmt die Rolle des französischen Staates

ab. Seit 1981, dem Beginn der Präsidentschaft von François Mitterrand, reguliert eine als unabhängig bezeichnete Medienaufsichtsbehörde (*Conseil supérieur de l'audiovisuel*, CSA; seit Januar 2022 *Autorité de régulation de la communication audiovisuelle et numérique*, Arcom) unter anderem die Frequenzen, schlägt aber auch die Intendant\_innen der öffentlich-rechtlichen Sender vor, die vom Präsidenten ernannt werden. Die Kräfteverhältnisse haben sich durch das Aufkommen der unabhängigen, kommerziellen Radio- und Fernsehsender sowie der zahlreichen internetbasierten Konkurrenzangebote weiter verschoben. Mit ihnen gehen erneut mögliche Einflussnahmen aus dem Ausland und Gefahren für die öffentliche Ordnung einher. Zu nennen wären hier Cyberattacken, Lauschangriffe, Terrorismus, Mobbing und Stalking, Piraterie, Falschinformation und das Schüren eines öffentlichen Misstrauens.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sieht sich insgesamt einem gesellschaftlichen Trend gegenüber, den man „Uberisierung“ nennen könnte. Dazu gehören Privatisierung, abnehmende Finanzmittel, Prekarisierung, Konformismus und Abwertung. Er befindet sich also in der Defensive und erhofft sich vom Staat finanzielle Unterstützung und Vorgaben. Ersteres erhält er nicht, an Zweitem arbeitet die EU in Form von E-Privacy-Verordnung, Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), Digital Markets Act (DMA)/Digital Services Act (DSA) und der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste.

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Frankreich geht es darum, ein hochwertiges und pluralistisches Angebot zu sichern. Dieses muss gleichermaßen europäisch wie regional ausgerichtet, digital und innovativ, solidarisch und inklusiv, kreativ und demokratisch sein.

### DAS DIGITALE ZEITALTER

Unübersehbar verlagert sich der Medienkonsum ins Digitale. Radio und Fernsehen werden zunehmend über DSL/Glasfaser oder 4G- bzw. 5G-Netze empfangen, Videoinhal-

te auf dem Smartphone. Seit dem Jahr 2019 verbringen die Menschen weltweit und täglich mehr Zeit im Internet als vor dem Fernseher.<sup>1</sup> Zwischen den Gewohnheiten der Jüngeren, die zwar eher individualistisch, aber gut vernetzt sind, und denen der älteren Generation, die gemeinschaftliche Angebote bevorzugt, tariert sich der Medienkonsum neu aus. Diese „Aufmerksamkeitsökonomie“<sup>2</sup> gehorcht zunehmend dem Pull- (Nachfrage), weniger dem Push-Prinzip (Angebot) und erfordert neue Sende- (vonseiten der Rundfunk- und Internetanbieter) und Sichtbarkeitsstrategien (in den App Stores, auf Fernbedienungen und Benutzeroberflächen).

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich hat daher neue Wege eingeschlagen. Er wandelt sich, indem er die ATAWAD-Philosophie (*any time, anywhere, any device*) der globalen Medien übernimmt und mithilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien das 360-Grad-Spektrum der globalen Medien bedient. Aktuell ist [francetvinfo.fr](http://francetvinfo.fr), mit 140 Millionen Besucher\_innen im August 2021 gegenüber 100 Millionen im Frühjahr 2017, die am stärksten frequentierte französische Nachrichtenseite im Internet. Die vom öffentlich-rechtlichen Sender Radio France produzierten Podcasts werden pro Monat etwa 80 Millionen Mal heruntergeladen. Grundlage dieses Erfolgs ist unter anderem, dass die Sender alle Urheberrechte besitzen. France Télévisions hält hingegen nur bei 20 Prozent der Produktionen die Rechte. Dort griffen im August 2021 nur 21,5 Millionen Unique User auf Beiträge in der Mediathek zu.

## DIE BESONDERHEITEN DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN

Trotz der Plattformen, auf denen nicht lineare Social-Media-Inhalte im industriellen Stil produziert werden, dürften weder lineare Programme mit ihren kostenlosen Angeboten und ihrer Möglichkeit zum gemeinschaftlichen Konsum noch TV- bzw. Radiogeräte in Zukunft verschwinden – Letztere, weil sie sich anonym nutzen lassen und zudem praktisch sind. Doch inwieweit der öffentlich-rechtliche Rundfunk diese positive Prognose erfüllen wird, liegt maßgeblich an der Qualität und Vielfalt seiner Angebote.

So lässt sich die Besonderheit<sup>3</sup> der Öffentlich-Rechtlichen in Abgrenzung zu den Privaten langfristig an zweierlei festmachen, nämlich daran, *was* er macht (Dokumentationen, investigative Berichterstattung, Politik, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Unterhaltung) und *wie* er es macht (vielfältiger, mit mehr Tiefgang, in größere Kontexte eingebettet, ausgewogener und sachlicher). Hinzu kommen lokale, bisher unveröffentlichte Produktionen oder solche, die sich mit dem kulturellen Erbe befassen. Durch Förderung eines kritischen und kreativen Bewusstseins, von Of-

fenheit, Bürgersinn und Solidarität trägt der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur Emanzipation und Entfaltung der einzelnen Menschen bei.

Der französische öffentlich-rechtliche Rundfunk ist weniger reißerisch, vermeidet die Jagd nach „Buzz“ und den Kampf um Einschaltquoten um jeden Preis. Er ist wirtschaftlich weniger liberal und aus gesellschaftlicher Sicht weniger konservativ. Er stellt Recherche und Verifizierung über Desinformation und Gerüchte, Reflexion und Diskussion über Streit und Meinungsmache, Toleranz und Offenheit über Hass und Diskriminierung. Dies gilt auch für die Unterhaltungsprogramme, die eher kulturell und intellektuell, kollaborativ und partnerschaftlich, weniger gewaltorientiert und stigmatisierend, wettbewerbsorientiert und individualistisch sind.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk will eine demokratische „Öffentlichkeit“ (Jürgen Habermas) schaffen, indem er unterschiedlichen religiösen, politischen, gewerkschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und künstlerischen Gruppen eine Stimme gibt, ohne sie zu vergemeinschaften. Sein inklusiver Ansatz steht der „Rechtsextremisierung“ des 24-h-Nachrichtensenders CNews (nach dem Muster von Fox News) und des Unterhaltungsfernsehsenders C8<sup>4</sup> der mächtigen Bolloré-Gruppe (Transport und Logistik, Medien, Entertainment) gegenüber. Diese verfolgen eine fremdenfeindliche Agenda, die Minderheiten, Arme, Migrant\_innen, Muslim\_innen, Jugendliche aus den Vorstädten, Linke und Umweltschützer\_innen stigmatisiert, und überschreiten damit die Grenzen dessen, was ihr journalistischer Auftrag ist. Außerdem unterstützen sie – über ihre Moderator\_innen, Leitartikler\_innen und Gäste – den Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour (ehemals politischer Kolumnist diverser Zeitungen und Moderator von CNews), insbesondere indem sie seine militante staatsmedienfeindliche Haltung rechtfertigen.

Dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk preiswert und finanziert Kultur und Produktionen in großem Stil. Pro Jahr sind dies rund 600 Filme auf seinen Sendern (darunter 430 der rund 2.300 auf den kostenfreien digitalen Kanälen bei Arte) und deutlich mehr Erstausstrahlungen als bei den kostenfreien Privaten (28 Prozent auf France TV und Arte gegenüber 13 Prozent bei den Privaten).<sup>5</sup> Der öffentlich-rechtliche Rundfunk trägt damit zum Pluralismus und zum sozialen Zusammenhalt bei. Er bremst die Auswirkungen marketingorientierter Formate, der Standardisierung und der Konvergenz- und Konzentrationsstrategisch bedingten „Zirkulation“ von Inhalten (Pierre Bourdieu) und festigt die Demokratie.

<sup>1</sup> Zenith, Rapport, 2020.

<sup>2</sup> Yves Citton, *L'économie de l'attention*, La Découverte, 2014.

<sup>3</sup> Im Original „distinctiveness“, F. Marty, G. Tremblay, A.-J. Bizimana, & O. Kane, *Le service public médiatique à l'ère numérique*, RFSIC, 2021.

<sup>4</sup> C. Sécail, *L'élection présidentielle 2022 vue par Cyril Hanouna*, *lesfocusdulcp*, 2022.

<sup>5</sup> CNC, *La diffusion des films à la télévision en 2019*, 2020.

## WIDERSPRÜCHLICHE VORGABEN

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich muss sich mit widersprüchlichen und immer anspruchsvolleren Vorgaben staatlicher Behörden auseinandersetzen: Da wird Kreativität gefordert, aber zugleich Wirtschaftlichkeit; Risikobereitschaft, aber zugleich höhere Einschaltquoten; „offizielle“ Kulturangebote ebenso wie Unterhaltung; Budgets werden gekürzt, aber die Aufgaben nehmen zu; journalistische Freiheit muss sich gegen staatliche Kontrolle behaupten und der Pluralismus von Presse/Internet gegen Fusionen bzw. die Abschaffung von Sendern. Zentrale Herausforderungen sind Diversität, Einsparungen und Verjüngung des Publikums.

In der Belegschaft, im Management und vor Mikrofon und Kamera ist die elitäre Gruppe „weißer Männer über 50“ aus Kontinentalfrankreich, den Zentren der großen Städte, ohne Behinderung, mit Hochschulabschluss und einem gehobenen Lebensstil überrepräsentiert. So bleibt der Anteil der als „nicht Weiße“ wahrgenommenen Personen auf dem Bildschirm bei France 2 (12 Prozent), France 3 (8,7 Prozent) und France 5 (9,6 Prozent) unter dem Durchschnitt der gemessenen Kanäle (15 Prozent).<sup>6</sup> Dennoch wurde im August 2020 der Kanal France Ô (etwa 0,6 Prozent Zuschaueranteil) eingestellt, obwohl dort die Menschen aus den Überseegebieten im Mittelpunkt standen. Immerhin leben in Kontinentalfrankreich, dem ehemaligen Sendegebiet von France Ô, rund eine Million Personen aus den außereuropäischen Teilen des Landes und France Ô hätte sich zu einem Kanal der weltweiten Migrations- und Stadtkulturen für das heterogene und multikulturelle französische Publikum entwickeln können.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk Frankreichs mit seinen 17.000 Beschäftigten verfügt über ein Budget von rund 4,4 Milliarden Euro dank Werbung (0,4 Milliarden für France TV), Subventionen, aber vor allem der 3,7 Milliarden Euro aus Rundfunkbeiträgen (*contribution à l'audio-visuel public*, CAP).<sup>7</sup> Das ist mehr, als sein unmittelbarer TV-Wettbewerber vorweisen kann (2,3 Milliarden Euro Umsatz für die Gruppe TF1 mit 3.686 Beschäftigten), aber weniger als das Budget von 6 Milliarden Euro für die BBC mit 22.000 Beschäftigten<sup>8</sup> und sehr viel weniger als das von Netflix (30 Milliarden Euro Einnahmen bei 11.300 Beschäftigten<sup>9</sup>).

Dennoch fordern die Behörden von den öffentlich-rechtlichen Anstalten seit 20 Jahren Einsparungen, zuletzt 190 Millionen Euro im Zeitraum 2018 bis 2022; im Rahmen des Konjunkturprogramms vom Juli 2020 haben zusätzliche Geldmittel in Höhe von 70 Millionen Euro lediglich die pandemiebedingten Verluste desselben Jahres ausgeglichen. Gleichzeitig verbieten sie France TV im Jahr 2009, abends Werbung auszustrahlen, und befördern neue Kanäle sowie Website-Angebote und Apps. Die Folgen sind sozialer Art. France TV durchlaufe „seit fast zehn Jahren einen Sozialplan“, hinter dem „ein bei-

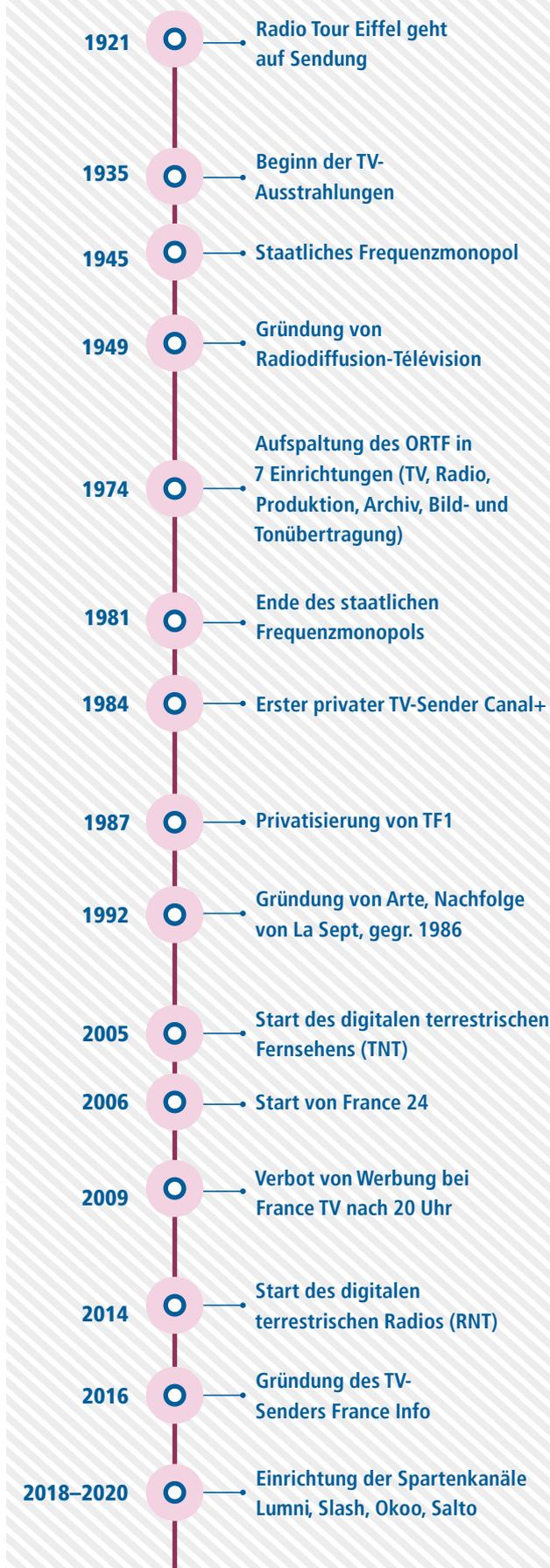
<sup>6</sup> CSA, Baromètre de la diversité de la société française, 2020.

<sup>7</sup> J.-R. Hugonet, Avis, Sénat, 2020.

<sup>8</sup> BBC, Group Annual Report and Accounts, 2020/21.

<sup>9</sup> Netflix, zonebourse.com, 2021.

## Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Frankreich



spielloser Prozess der Produktivitätssteigerung“ stehe, so seine Präsidentin Delphine Ernotte.<sup>10</sup> Damit einher gehe ein Personalabbau von „15 Prozent netto“, das heißt eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 1.500 seit 2012 „bei gleichbleibendem Arbeitsumfang“, was die erhöhte Belastung am Arbeitsplatz und deren gesundheitliche Folgen erahnen lässt.

Auch wünscht sich die Politik eine Verjüngung des Publikums der öffentlich-rechtlichen Sender. Das ist wahrlich eine Herausforderung, denn inzwischen erhalten Kinder durchschnittlich mit knapp zehn Jahren ihr erstes Handy. Die Fernsehzeit der 4- bis 14-Jährigen sinkt rapide, während die der über 50-Jährigen steigt.<sup>11</sup> Dennoch hat France TV seine Anteile am öffentlich-rechtlichen Kindersender Gulli (für Sechs- bis Zwölfjährige) schrittweise verkauft, obwohl er profitabel war und immer noch ist (1,4 Prozent Zuschaueranteil im August 2021), eine erste Tranche an Lagardère Active 2014, eine zweite im Jahr 2019 an die Groupe M6. Ebenso hat der französische Wirtschaftsminister im August 2021 die Abschaltung des Fernsehsenders France 4 verfügt, obwohl der Zuschaueranteil der über 50-Jährigen 35 Prozent betrug, im Vergleich zu 63 Prozent bei France TV im Jahr 2019.<sup>12</sup> Seine Rolle als „Ersatzschule“ während des Lockdowns hatte seine Schließung hinausgezögert. France 4 hatte das Potenzial, zu einem Kanal für Bildung im Tagesprogramm und für „junge Kultur“ am Abend zu werden. France TV musste sein Angebot segmentieren und bündelt es nun auf den Plattformen Okoo mit Internetseiten für Kinder, dem Lumni-Portal für Bildung, Slash mit Filmen und Dokumentationen für Jugendliche, Salto als Netflix-Konkurrent und Entr mit Nachrichten für junge Europäer\_innen. France 4 wiederum darf von France TV als Doppelkanal weiterbetrieben werden: Okoo tagsüber und Culturebox (ein Kulturkanal, der Anfang 2021 für den Lockdown auf dem Kanal von France Ô geschaffen wurde) am Abend. Nun ist eine Verjüngung möglich, da der Sender Arte, dessen Filme 2021 1,8 Milliarden Mal angesehen wurden und der den Kanal 77 für vernetztes und terrestrisches Fernsehen gestartet hat, seine Zuschauer\_innenzahlen bei den 15- bis 34-Jährigen verdoppelt hat.<sup>13</sup>

## DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Emmanuel Macron bezeichnete zu Beginn seiner Amtszeit die öffentlich-rechtlichen Medien als „Schande für die Republik“ und warf ihnen „Missmanagement, Verschwendung, mittelmäßige Programme und Inhalte sowie ungesunde Beziehungen zu ihren externen Partnern (Moderator\_innen, Produzent\_innen usw.)“<sup>14</sup> vor; die Intendanten

von France TV, Bastien Millot und Patrick de Carolis, wurden wegen Günstlingswirtschaft zu fünf Monaten Haft verurteilt. In der Folge wurde eine große Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angekündigt, um eine „französische BBC“ zu schaffen: In der neu zu gründenden Holding „France Médias“ sollten die Verwaltungseinheiten des zersplitterten öffentlich-rechtlichen Apparats zusammengeführt und Kosten umverteilt werden, die Digitalisierung vorangetrieben und auch die Art und Weise der Werbung sowie die Struktur der Rundfunkbeiträge reformiert werden, um die sinkenden Einnahmen auszugleichen (Letzteres wurde allerdings auf 2023 verschoben).

Angesichts der Erinnerung an das ORTF aus der Ära de Gaulle, der zahlreichen Demonstrationen, die die Amtszeit Macrons überschatteten, und der herannahenden Präsidentschaftswahl 2022 verhält sich die Exekutive nun zurückhaltender und konzentriert sich eher auf kleine, unauffälligere Reformen. Die Regierung folgt damit dem „Mittelweg“, wie ihn die linksliberale Denkfabrik Terra Nova vorgeschlagen hat und der eine Konzentration der Mittel zugunsten „konkreter, pragmatischer und realistischer“ Projekte vorsieht, mit Unterstützung durch einen gleichermaßen als Aufseher, Finanzier und Strategen agierenden Staat.<sup>15</sup>

So war die wichtigste Reform die der Regulierungsbehörde. Seit 2022 heißt sie Arcom (*Autorité de régulation de la communication audiovisuelle et numérique*), da der CSA und die *Haute Autorité pour la diffusion des œuvres et la protection des droits sur internet* (Hadopi; zu Deutsch: Hohe Behörde für die Verbreitung von Werken und den Schutz von Internetrechten) zusammengelegt wurden. Sie umfasst neun Berater\_innen, von denen sieben von einer politischen Institution, dem CSA (darunter dessen Vorsitzender, der erneut den Vorsitz führt), und zwei von der Judikative (Hadopi; vom *Conseil d'État* [Staatsrat] und vom Kassationsgerichtshof entsandt) für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt werden (siehe Abbildung), sowie 355 Mitarbeiter\_innen mit einem Budget von 46,6 Millionen Euro im Jahr 2022, gegenüber 37,4 Millionen Euro für den CSA und 8,2 Millionen Euro für Hadopi im Jahr 2021. Sie ist für die Regulierung (Vereinbarungen mit Radio- und Fernsehsendern sowie Plattformen), die Bewertung (Repräsentativität der Akteure und der Beiträge aus Politik und vonseiten der Bürger\_innen) und die Sanktionen (gegen Desinformation, Hassrede im Internet, Piraterie, Pornografie und Sperrungen) zuständig. Seine Aufgaben gliedern sich in sechs Bereiche: Förderung und Schutz kreativen Schaffens; technische und wirtschaftliche Regulierung; Unterstützung des Publikums; Beobachtung und Auswertung; Pluralismus und sozialer Zusammenhalt; Regulierung von Online-Plattformen und sozialen Netzwerken.

<sup>10</sup> Assemblée nationale, Audition de Delphine Ernotte, 2021.

<sup>11</sup> Die Fernsehzeit der 4- bis 14-Jährigen betrug im September 2021 nur noch 59 Minuten am Tag (2 Stunden 8 Minuten im September 2010), diejenige der über 50-Jährigen hingegen 5 Stunden 13 Minuten (4 Stunden 14 Minuten im Jahr 2010); der Durchschnitt aller Altersgruppen betrug 3 Stunden 21 Minuten (4 Stunden 14 Minuten im Jahr 2010), vgl. Médiamat annuel, Médiamétrie, 2010, und Médiamat mensuel, Médiamétrie, September 2021.

<sup>12</sup> CSA, Rapport sur l'exécution du cahier des charges de France Télévisions, 2021.

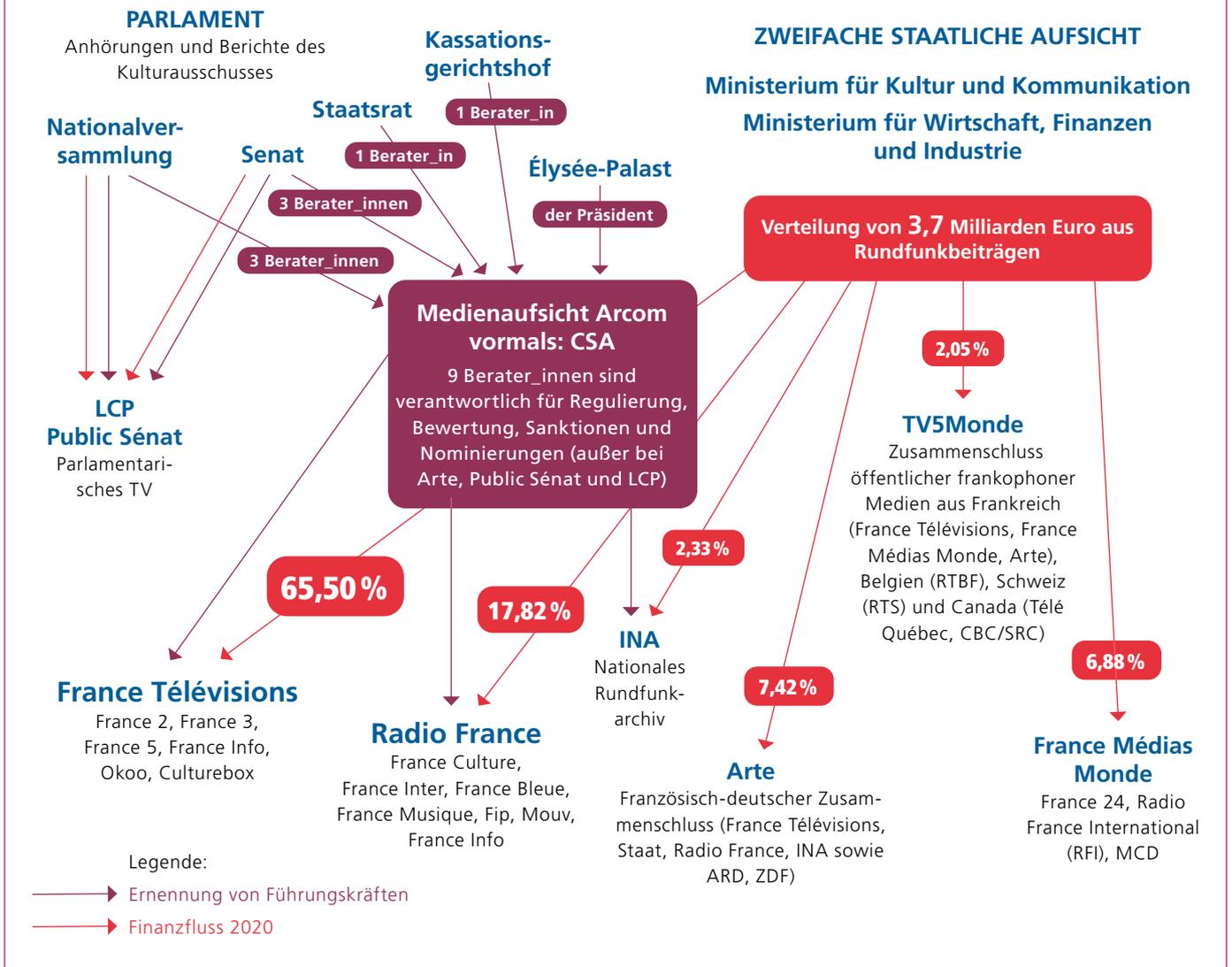
<sup>13</sup> T.-D. Nguyen, Le lifting payant d'Arte pour séduire le jeune public, Challenges.fr, 3.2.2022.

<sup>14</sup> L'Express, 5.12.2017.

<sup>15</sup> L.-C. Trebuchet, Audiovisuel public: tous ensemble vers le numérique (acte 2), Terra Nova, 2020.

## Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Frankreich

### Ernennung von Führungskräften und Finanzflüsse



Die Positionen der politischen Parteien zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind rasch zusammengefasst. Die politische Rechte verlangt nicht nur in Frankreich von den öffentlich-rechtlichen Anstalten, dass sie sparen und sich zugleich modernisieren bzw. digitalisieren, um mit den internationalen digitalen Plattformen konkurrieren zu können. Sie will den Rundfunkbeitrag (138 Euro pro Jahr pro Haushalt im europäischen Teil Frankreichs und 88 Euro in Übersee) abschaffen, den die Parteifreund\_innen von Emmanuel Macron als „archaisch“ und „ungerecht“ bezeichnen, da ihn nur bestimmte Besitzer\_innen von Fernsehern und ähnlichen Geräten zahlen. Es gehe dem Präsidentschaftskandidaten darum, die Kaufkraft zu erhöhen, und zwar im Zuge der Abschaffung der gleichzeitig erhobenen Wohnsteuer

(durchschnittlich 723 Euro pro Jahr pro Haushalt). Die Möglichkeit eines „fünfjährigen Finanzrahmens“ wurde erwähnt,<sup>16</sup> ein solcher Rahmen würde aber nicht verhindern, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk stärker von der Exekutive abhänge, die ihn vom Parlament verabschieden lassen müsste. Die pädagogische Dimension eines klar ausgewiesenen, dauerhaften und relativ autonomen Budgets für Medien, die theoretisch unabhängig von staatlichen Stellen und Werbekunden sind und eine Alternative zu kommerziellen Medien darstellen, würde zusätzlich beeinträchtigt werden. Valérie Pécresse, die Präsidentschaftskandidatin der liberal-konservativen Partei Les Républicains, äußerte ihrerseits, dass die Privatisierung „kein Tabu“ sei, obwohl sie aufgrund des Wettlaufs um Werbekunden die kommerziellen

<sup>16</sup> Suppression de la redevance : Attal écarte une mise en danger de l'audiovisuel public, Le Figaro, 8.3.2022.

Medien insgesamt schwächen würde: TF1 und M6, die fusionieren wollen, positionieren sich dagegen.<sup>17</sup>

Marine Le Pen, Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National (bis 2018 Front National), die 2017 für die Präsidentschaft kandidierte und in die Stichwahl gelangte, will eine Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks<sup>18</sup> mit Ausnahme der „Sender in den Überseegebieten zum Beispiel, als Stimme Frankreichs in der Welt. Arte und das INA [*Institut national de l'audiovisuel*; das nationale Rundfunkarchiv] werden nicht betroffen sein.“ Sie bedient sich dabei zweier Argumente. Das erste ist die Kaufkraft – „das sind 2,8 Milliarden Euro [an Rundfunkbeiträgen], die sofort an die Franzosen zurückfließen“. Das zweite leitet sie aus der demokratischen Reife der audiovisuellen Medien ab – private Medien seien ausreichend demokratisch.

Der bereits erwähnte Éric Zemmour, rechts vom Rassemblement National, verschärft die aktuelle Polarisierung noch und erhebt zusätzlich den populistischen Vorwurf mangelnder Neutralität der öffentlich-rechtlichen Sender, von denen er sich zensiert und bekämpft fühlt – er würde nur eine begrenzte Anzahl an Sendern (France 5, France Info, RFI, TV5 Monde, France Culture, Arte) und das INA in öffentlicher Hand behalten wollen. Wie in einigen konservativ regierten Ländern (Polen, Ungarn, Österreich) wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich bezichtigt, linke Propaganda zu betreiben.<sup>19</sup> Ursprünglich ist seine Argumentation von der liberalen Rechten inspiriert; sie lehnt sich an eine Studie von Fondapol<sup>20</sup>, einer der Partei Les Républicains nahestehenden Stiftung, an, die vorschlägt, die öffentlich-rechtlichen Sender gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die Bereiche „Information“ – mit Blick auf die „privaten Interessen“ – sowie der „offiziellen“ Kultur – mit Blick auf die mit der Werbung verbundenen „Formatvorgaben“ und „Trivialisierungen“ – zu beschränken.

Die politischen Parteien von der linken Mitte bis zu den Antikapitalisten wiederum – gespalten und schwach – stellen sich gegen diese „Uberisierung“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ohne jedoch einen echten Alternativvorschlag zu unterbreiten. Sie richten ihr Hauptaugenmerk auf den privaten Sektor, insbesondere die Auswirkungen der Medienkonzentration auf den Pluralismus – ähnlich wie bei der möglichen Fusion von TF1 und M6, die von der Regierung unterstützt wird, um den omnipotenten Plattformgiganten (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft; Netflix, Airbnb, Tesla, Uber; Baidu, Alibaba, Tencent, Xiaomi) die Stirn zu bieten. In diese Richtung zielt denn auch der Wunsch der Partei von Jean-Luc Mélenchon – auf Platz 3 bei der Präsidentschaftswahl 2017 –, die ein Antikonzentrationsgesetz einbringen, die rechtliche Stellung der Redaktionen stärken und – zu deren Schutz vor den Aktionär\_innen – berufsständische Regelungen in die Tarifverträge einbinden möchte. Das – nicht weiter

präzisierte – Ziel der französischen Grünen (Europe Écologie/Les Verts) lautet, einen „starken“ und „unabhängigen“ öffentlich-rechtlichen Sendedienst aufrechtzuerhalten. Letztere – auf dem Vormarsch bei den vergangenen (Europa- und Kommunal-)Wahlen – wollen mehr Geld für die lokalen Medien, mehr Frauen auf Sendung und weniger Werbung, insbesondere für klimaschädliche Produkte. Die Sozialistische Partei (Parti socialiste) – bei den landesweiten Wahlen unter Druck – schlägt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk darüber hinaus eine zentrale Rolle im Bereich Bildung und die Entwicklung einer Wissenskulturs vor.

## EMPFEHLUNGEN ZUR DEMOKRATISIERUNG

Frankreich findet sich 2020 auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 34 und auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International auf Platz 23 wieder. Die Autonomie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde immer gefordert und angekündigt, aber tatsächlich nie verwirklicht. Er wird nach wie vor politisch vom Staatspräsidenten, Rechnungshof, Parlament, Kultur- und Wirtschaftsministerium und der Rundfunkaufsichtsbehörde beeinflusst und instrumentalisiert. Deren Eingriffe betreffen maßgeblich die Organisation (Gesetze), erfolgen über Regulierung (Arcom), Zielsetzungen (Pflichtenhefte, Zielvereinbarungen und Finanzierungszusagen mit einer Laufzeit von fünf Jahren ab 2000 und von zwei Jahren ab 2021), Haushalt und die Besetzung von Führungspositionen (mittels Arcom) bis hin zur Evaluierung (Audits, Stellungnahmen, Berichte). Auswirkungen auf die redaktionelle Ausrichtung sind auf dem Spielfeld von Personalrekrutierung, Laufbahnen und Hierarchien unvermeidlich, selbst wenn die Zensur „unsichtbarer“<sup>21</sup> ist als in der Ära de Gaulle, als der Informationsminister in einem Büro ganz oben im Funkhaus residierte. Nebenbei ein absoluter Widerspruch zum Programm des Nationalen Widerstandsrats (*Conseil national de la Résistance*) von 1944, der die „Unabhängigkeit vom Staat, der Macht des Geldes und von ausländischen Einflüssen“ gefordert hatte. Die hartnäckige Weigerung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von den institutionellen Einflüssen zu lösen, veranlasst wiederum die Bürger\_innen, sich vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu lösen.

Dabei kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich mit seinen Programmen – über den persönlichen Zugewinn an Information und Kultur hinaus – gerade bei aktiven Bürger\_innen weiteres Empowerment fördern. Das Gleiche gilt für die Politik, wo die Partizipation der Bürger\_innen – von Bürgerkonventen und -budgets bis hin zu Vorwahlen – an Bedeutung gewinnt. Die Möglichkeit,

<sup>17</sup> Präsidentschaftswahl 2022 : faut-il supprimer la redevance audiovisuelle ?, Les Echos, 19.1.2022.

<sup>18</sup> Interview, Le Figaro, 8.9.2021.

<sup>19</sup> Reuters Institute Report, 2019.

<sup>20</sup> O. Babeau, Refonder l'Audiovisuel Public, Fondapol, 2016.

<sup>21</sup> P. Durand, Médiamorphoses, PUL, 2019.

mit den öffentlich-rechtlichen Sendern zu interagieren, ist zu einer Voraussetzung für ihren Erfolg geworden und darf sich nicht mehr auf Umfragen, Kommentare und Zappen beschränken. Dies erfordert eine Horizontalisierung der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, um sie wirklich „öffentlich“ oder „gemeinschaftlich“ (Elinor Ostrom), das heißt bürgerschaftlich, zu machen. Räume zu schaffen, in denen physische und digitale Angebote verschmelzen, erscheint hier vielversprechend, beispielsweise wie im *Maison de la radio et de la musique* mit seinen 100.000 Quadratmetern, das gerade renoviert wird.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Frankreich wird zu drei Vierteln durch Rundfunkbeiträge finanziert; er ist zu 100 Prozent Eigentum des französischen Staates und erfüllt den Infrastrukturauftrag einer Daseinsvorsorge. Den Bürger\_innen gegenüber steht er in der Pflicht, die Demokratisierung auf kultureller Ebene (ein großer Wunsch seit der Amtszeit des Schriftstellers André Malraux als Kultusminister) wie auf der Ebene der Information – von den politischen „Gatekeepern“ gefürchtet – voranzutreiben, anstatt sich auf Fragen von Wirtschaftlichkeit und Digitalisierung zu konzentrieren. Die Handlungsfelder:

- **Kreativität.** Schaffung eines künstlerischen Inkubators innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die Bereitstellung von Finanzmitteln und Material, internen (Mitarbeiter\_innen als Kompetenz-Mäzen\_innen) und externen Ressourcen (Videoproduzent\_innen, Influencer\_innen, Künstler\_innen, Informatiker\_innen, Unternehmer\_innen, Gamer\_innen, Macher\_innen, Streamer\_innen etc., ausgewählt im Rahmen öffentlicher Wettbewerbe) sowie durch Partnerschaften mit Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen als eine Art Ökosystem, das sich über experimentelle Workshops, Schreibwerkstätten, Produktion, Test, Programmierung, Animation und im Vertrieb einbringt.
- **Information.** Gründung eines Labors in den öffentlich-rechtlichen Häusern für metamediale und berufsethische Kritik, Forschung, Vermittlung und Medienerziehung, realisiert durch die Finanzierung und Bereitstellung von Material sowie durch Partnerschaften mit der staatlichen Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) und den Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen sowie die Beteiligung von Vereinen, NGOs, Gewerkschaften, Faktenchecker\_innen, Datenwissenschaftler\_innen, Infografiker\_innen, Hacker\_innen, Aktivist\_innen der „freien“ Medien (Open Gov, Data, Access, Source und Science; Wikipedia), Whistleblower\_innen, Vermittler\_innen, Dokumentarist\_innen, unabhängigen Journalist\_innen und den öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (deren Statut und Vielfalt der Redaktionen besser geschützt werden müssen).
- **International.** Entwicklung von Arte – ergänzend zu Euronews oder dem neuen digitalen Medium Entr – zu einem globalen linearen und nicht linearen (mit Streaming per VoD, SVoD und/oder AVoD) Referenzmedium, unter Einbeziehung der Gesamtheit seiner Produktionen (Fikti-

on, Kunst, Reportage) aus Europa (und darüber hinaus). Dies erfordert, den Anteil der Eigenproduktionen der öffentlich-rechtlichen Sender zu erhöhen, um deren Verbreitung unter urheberrechtlichen Gesichtspunkten zu erleichtern.

- **Organisation.** Änderung des Verfahrens für die Auswahl der Intendant\_innen der öffentlich-rechtlichen Sender in Anlehnung an das Kooperationsmodell der Vereine, indem Vertreter\_innen der Mitarbeiter\_innen, des Publikums, der Oppositionsparteien etc. die Möglichkeit zur Nominierung erhalten. Die Kandidat\_innen müssten einen Wahlkampf führen und gegenüber den Vertreter\_innen, von denen sie gewählt wurden, regelmäßig Rechenschaft ablegen. Die Amtszeit sollte auf fünf Jahre ohne Wiederwahl beschränkt sein, das Budget sollte für die gesamte Zeit feststehen und klare Transparenzvorgaben im Hinblick auf Gehälter, Budgetposten, Zuschauer\_innenzahlen, digitale Daten, Algorithmen, strategische, personelle, programmatische, redaktionelle und Governance-Entscheidungen sollten gelten.
- **Inklusion.** Sicherstellung von Diversität, indem die Beschäftigten – insbesondere diejenigen am Mikrofon bzw. vor der Kamera –, aber auch die Gäste und die Personen, über die berichtet wird, den Querschnitt der Bevölkerung widerspiegeln, und zwar im Hinblick auf soziale und geografische Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Beruf, körperliche und geistige Besonderheiten, Sprache, ideologische, politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit.
- **Finanzierung.** Ausstattung der öffentlich-rechtlichen Sender mit ausreichenden Mitteln, ähnlich wie in vergleichbaren Ländern, insbesondere durch 1. einen Fonds, gespeist durch eine Steuer auf den Umsatz von Unternehmen der Digitalwirtschaft, die professionelle journalistische Inhalte verbreiten (OTT-Dienste, Plattformen, Suchmaschinen und soziale Netzwerke); 2. eine Änderung der Bemessungsgrundlage und der Höhe des Rundfunkbeitrags (null Euro pro Jahr für von der Zahlung befreite Gruppen, 88 Euro für die Nutzer\_innen in den Überseegebieten sowie für Besitzer\_innen von digitalen Empfangsgeräten und Radios, 138 Euro für TV-Besitzer\_innen); sowie 3. Subventionen.

## AUTOR



Foto: C.L.

Dr. Sébastien Poulain ist assoziierter Wissenschaftler am Forschungszentrum MICA (Medien, Information, Kommunikation, Arts) der Universität Bordeaux Montaigne. Seine jüngsten Veröffentlichungen sind „L’audiovisuel public est-il vraiment public?“ (The Conversation, 2021) und „Les radios locales“ (mit T. Lefebvre, INA/L’Harmattan, 2021).

## REIHE: ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFAK IN EUROPA

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) gerät in verschiedenen europäischen Ländern zunehmend unter politischen Druck und wird finanziell eingeschränkt. Auch in Deutschland werden immer wieder grundsätzliche Rechtfertigungen vom ÖRR verlangt; gleichzeitig nehmen Ansprüche an die Rundfunkanstalten nicht ab. Im Gegenteil werden zum Beispiel eine zügige Umstrukturierung der Medienhäuser, eine Verschiebung der linearen Inhalte auf moderne Digitalangebote sowie weiterhin die Erreichung einer breiten, heterogenen Öffentlichkeit erwartet.

Um zu verstehen, welchen Stellenwert der ÖRR hat und dass dieser zum Wohl der Demokratie geschützt werden muss, lohnt sich ein Blick in andere europäische Länder. Diese Publikation ist die sechste in einer Reihe von „Länderberichten“ zum Stand des ÖRR. Eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen liegen bereits vor, die in Deutschland und auf europäischer Ebene weiter diskutiert werden sollen.

[www.fes.de/medienpolitik/  
rundfunk-in-europa](http://www.fes.de/medienpolitik/rundfunk-in-europa)



### Bisher in dieser Reihe erschienen

Großbritannien  
Dänemark  
Tschechische Republik  
Polen  
Österreich  
Frankreich

## IMPRESSUM

März 2022

### Herausgeberinnen

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung Analyse, Planung und Beratung  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
[www.fes.de/apb](http://www.fes.de/apb)

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris  
41 bis, boulevard de la Tour-Maubourg, 75007 Paris  
<https://www.fesparis.org/>

### Verantwortlich für diese Publikation in der FES sind

Katrin D. Dapp, Referat Beratung, Deutschland  
Benjamin Schreiber, Büro Paris, Frankreich

Bestellungen: [medienpolitik@fes.de](mailto:medienpolitik@fes.de)

### Lektorat und redaktionelle Mitwirkung

Dr. Christian Jerger, ad litteras

### Bildverzeichnis

Titelfoto: picture alliance / REUTERS | Benoit Tessier  
Europakarte: Designed by Freepik  
Zeitstrahl: tigerworx (CC BY 4.0)  
Abbildung: Poulain/tigerworx (CC BY 4.0)

### Gestaltung

bergsee, blau  
tigerworx

ISBN: 978-3-98628-101-4

Die in der Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfpurposes verwendet werden.

CC BY-NC-ND 4.0

